



Förderung der Chancengleichheit innerhalb des gesamten Staatsgebiets

Les notes du conseil d'analyse économique, no 20, Februar 2015

Wie können die Zielsetzungen der territorialen Ausgewogenheit und des makroökonomischen Wachstums miteinander verbunden werden? Normalerweise würde die Aktivität hierbei auf das gesamte Staatsgebiet verteilt werden. Jedoch streben die mit der neuen geografischen Wirtschaft verbundenen Vorschriften eher eine Konzentration der Produktionsmittel an einer geringen Anzahl von Orten und die spätere Verteilung der hierbei entstehenden Resultate innerhalb des gesamten Staatsgebiets an. Wir vertreten und unterstützen diese Logik und weisen hierbei eindeutig auf die wichtige Rolle der öffentlichen Behörden für die Gewährleistung (oder Wiederherstellung) der territorialen Chancengleichheit in den Bereichen Schulbildung/Ausbildung, Zugang zur Beschäftigung und Gesundheit hin.

Die räumliche Konzentration von Produktions- und Forschungsaktivitäten auf einen bestimmten Sektor ermöglicht es, den entsprechenden Ertrag über verschiedene Agglomerationsmechanismen zu maximieren, jedoch führt eine zu stark ausgeprägte Spezialisierung zu einer Schwächung der staatlichen Gebiete im Hinblick auf sektorspezifische Schocks. Die großen Metropolen kommen in den Genuss von Agglomerationsgewinnen, ohne jedoch die hiermit verbundenen Risiken tragen zu müssen, da sie innerhalb ihrer städtischen Strukturen zu verschiedenen Sektoren gehörende *Cluster* umfassen. Eine die Maximierung der Wachstumsdynamik eines Landes anstrebende, territoriale Politik muss folglich eine Vereinfachung der Konzentration von Aktivitäten in den Metropolen über Investitionen in den Bereich der Bekämpfung von Auswirkungen der Überlastungsprobleme ermöglichen. Wir empfehlen eine umgehende Konzentration der Wohnungspolitik auf die Spannungsgebiete, Investitionen in die öffentlichen Verkehrsmittel der französischen Metropole als Alternative von städteüberschreitenden Lösungen sowie eine strenge Bewertung der Wettbewerbspole.

Die räumliche Konzentration der Aktivitäten führt in indirekter Art und Weise zu einer Begünstigung der

benachteiligten Territorien, wobei dies durch die finanzielle Unterstützung des Sozialtransfersystems geschieht. Die Herausforderung der öffentlichen Behörden würde in diesen Territorien nicht darin bestehen, auf künstliche Art und Weise wirtschaftliche Aktivitäten zu implantieren, sondern günstige bzw. die Implantation von Unternehmen, für die die räumliche Konzentration nur eine unwesentliche Rolle spielt, fördernde Bedingungen zu schaffen. Desweiteren müssten die öffentlichen Behörden die Chancengleichheit der Bevölkerung im Hinblick auf den Zugang zur Schulung/Ausbildung und Beschäftigung sowie der Gesundheit ermöglichen. Ohne die Bevölkerung zu Mobilität zu zwingen wäre es wünschenswert, die vorhandenen Einschränkungen und Grenzen zu mindern. Dies ist beispielsweise durch eine flexiblere Gestaltung des sozialen Mietwohnbaus und die Überarbeitung der entgeltlichen Eigentumsübertragungen möglich, um diese schrittweise auf die Hauptwohnsitze von Steuerpflichtigen zu übertragen.

Des Weiteren ist es erforderlich, die öffentlichen Gelder pro Auszubildendem auf nationaler Ebene zu vereinheitlichen und die Mobilität gering qualifizierter Jugendlicher durch die laufende Freigabe der städteüberschreitenden Buslinien wie auch durch die Förderung des Wettbewerbs im Bereich der Fahrschulen zu fördern.

Die festgestellte Senkung der interregionalen Ungleichheiten in den Bereichen Schulung/Ausbildung, Zugang zur Beschäftigung oder verfügbare Vergütung hätte von einer Konvergenz der Lebenserwartung begleitet werden müssen, was allerdings nicht der Fall gewesen ist, wobei dies insbesondere auf den starken Ungleichheiten im Hinblick auf den Zugang zu hochwertigen Gesundheitsleistungen beruht. Wir empfehlen eine Umkehrung der aktuellen Finanzierungslogik der Pflegeleistungen über die Zuweisung der jeweiligen Mittel unter Berücksichtigung des Bedarfs der Bevölkerung, wobei auf eine Dezentralisierung der regionalen Gesundheitsagenturen zurückgegriffen werden sollte.

Diese Anmerkung ist unter Verantwortung der Autoren veröffentlicht und verpflichtet nur diese.

^a CNRS-ENS-École d'économie de Paris und CEPREMAP, Mitglied der CAE.

^b Sciences Po Paris und CEPR, Mitglied der CAE.

Die Vorschläge

Vorschlag 1. Reorientierung der Wohnungspolitik in den Spannungsgebieten (sehr dicht besiedelten Gebieten).

Vorschlag 2. Reorientierung der Investitionen des öffentlichen Verkehrswesens unter Berücksichtigung der Überlastungsprobleme in den großen Ballungsräumen als Alternative zur Schaffung neuer TGV-Linien.

Vorschlag 3. Eine unabhängige Bewertung würde eine quantitative Bestimmung der Auswirkungen und Folgen der Wettbewerbspole sowie deren Heterogenität ermöglichen. Erlangung einer eindeutigen Definition der Zielsetzungen der Wettbewerbspole über eine Konzentration der entsprechenden Aktivitäten auf die Bereiche Produktivität, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Reduzierung der entsprechenden Anzahl ohne unnötiges Zögern.

Vorschlag 4. Bewertung der geografischen Implikationen der Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuergutschriften auf der Grundlage der Lohnsumme. Hierbei soll festgestellt werden, in welcher Art und Weise eine Konzentration dieser Elemente bei den niedrigsten Vergütungen in benachteiligten Territorien hilfreich und unterstützend eingesetzt werden kann.

Vorschlag 5. Flexiblere Strukturierung des sozialen Mietwohnungsbaus über den Einsatz sichtbarer

Spannungsindikatoren zur Steuerung des Ausgleichs zwischen den für Sozialwohnungen zuständigen Ämtern und Zuweisung von Subventionen zwischen den verschiedenen Territorien, sowie durch die Aktivierung von Mehrmieten unter Berücksichtigung der jeweiligen Belegungsdauer und der Einkommen. Überarbeitung der entgeltlichen Eigentumsübertragung (frz. Abk. „DMTO“), um diese schrittweise auf die Hauptwohnsitze von Steuerpflichtigen zu übertragen.

Vorschlag 6. Minderung der Einschränkungen und Grenzen beim Zugang zum Sektor der Fahrschulen, der in der Gegenwart den Status eines Oligopols aufweist.

Vorschlag 7. Zur Einschränkung einer Vervielfältigung von territorialen Ungleichheiten des BIP im Hinblick auf die Finanzierung von Lehrbetrieben, Definition einer Dotation auf nationaler Ebene, wobei jeder einzelne Auszubildende seinem Ausbildungszentrum diese Dotation zuführt.

Vorschlag 8. Umkehrung der aktuellen Logik bei der Zuweisung von Mitteln unter Berücksichtigung des Verbrauchs und folglich des medizinischen Angebots, wobei dies über eine Zuweisung der Gesundheitsfinanzierungen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Bevölkerung geschehen und auf eine Dezentralisierung der regionalen Gesundheitsagenturen zurückgegriffen werden sollte.



**conseil d'analyse
économique**

Der Conseil d'Analyse Économique (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretende Vorsitzende Agnès Bénassy-Quéré

Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater

Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Jézabel Couppey-Soubeyran,
Manon Domingues Dos Santos

Forschungs-Assisten

Alice Keogh

Mitglieder Agnès Bénassy-Quéré, Antoine Bozio,
Pierre Cahuc, Brigitte Dormont, Lionel Fontagné,
Cecilia García-Peñalosa, Philippe Martin,
Pierre Mohnen, Xavier Ragot, Jean Tirole,
Alain Trannoy, Étienne Wasmer, Guntram Wolff

Korrespondent Anne Perrot

Veröffentlichungsdirektor Agnès Bénassy-Quéré

Chefredakteur Hélène Paris

Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl

Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr